

Richterinnen und Richter schlagen Alarm: Über 1400 Unterschriften für den Rechtsstaat – Personalnot ist deutlich spürbar

Wien, 15. April 2025 – Über 1400 Richterinnen und Richter haben sich mit ihrer Unterschrift zu einem klaren Bekenntnis zum Rechtsstaat ausgesprochen und gleichzeitig ein eindringliches Signal an die politischen Verantwortlichen gesendet: Die personellen Engpässe in der österreichischen Gerichtsbarkeit sind nicht länger tragbar.

Die Standesvertretungen weisen darauf hin, dass die Unterbesetzung an den Gerichten längst nicht mehr nur eine abstrakte Zahl in der Planstellenstatistik ist. Zahlreiche persönliche Anmerkungen, die mit den Unterschriften eingegangen sind, zeichnen in vielen Bereichen ein dramatisches Bild des Arbeitsalltags in der Rechtsprechung: Überlastung, zunehmender Druck, und die Sorge, dem Anspruch auf ein faires und zügiges Verfahren nicht mehr gerecht werden zu können.

„Die hohe Beteiligung zeigt eindrucksvoll: Die Kolleginnen und Kollegen stehen für den Rechtsstaat ein – aber sie brauchen dafür die notwendigen Ressourcen. Der Rechtsstaat darf kein Lippenbekenntnis bleiben“, betonen Gernot Kanduth (Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter) und Martin Ulrich (GÖD) unisono. Gefordert wird eine ehestmögliche Aufstockung der fehlenden Planstellen, die Besetzung unbesetzter Posten sowie eine strukturelle Stärkung der Justiz, um der zentralen Rolle der Gerichtsbarkeit in einer demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden.

Die Standesvertretungen appellieren an die politischen Entscheidungsträger, die Warnsignale ernst zu nehmen und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen – damit der Rechtsstaat nicht nur auf dem Papier verteidigt wird, sondern auch im Alltag tatsächlich gelebt werden kann.

Rückfragen: **Dr. Gernot Kanduth**
Präsident
Vereinigung der österreichischen
Richterinnen und Richter
+43 676 8989 31311

Dr. Martin Ulrich
Vorsitzender
GÖD-Bundesvertretung
Richter:innen und Staatsanwält:innen
+43 676 8989 14000